



DONNER & REUSCHEL

PRIVATBANK SEIT 1798

DONNER & REUSCHEL

STANDPUNKTE

DEUTSCHLAND NACH DER WAHL:

AGENDA DER ERNEUERUNG –

WELCHE THEMEN ANGEPACKT WERDEN MÜSSEN



**GEMEINSAM
FÜR EINE
BESSERE ZUKUNFT**

Prof. Dr. Henning Vöpel | Carsten Mumm, Chefvolkswirt des Bankhauses DONNER & REUSCHEL
| (Hamburg, 27. September 2021)

Inhalt

1 Einleitung: Die Zeit ist reif	3
2 Wo wir derzeit stehen: Die geopolitische Ausgangslage	4
3 Was wir brauchen: Entscheidende Weichenstellungen in historischer Zeitenwende.....	6
4 Das – positive – Bild Deutschlands und Europas im Jahr 2030.....	7
1. Deutschland und Europa als aktiver Teil einer neuen kooperativen Weltordnung	7
2. Innovationstreiber und Vorbild für Klimaschutz und Nachhaltigkeit	8
3. Gelungene digitale Transformation mit Fokus auf Innovation und Bildung.....	9
4. Selbstbestimmte, eigenverantwortliche Menschen in solidarischer Gesellschaft.....	11
5. Der Staat setzt den Rahmen, den Unternehmen und Menschen zum Wohle aller nutzen	12
5 Wie wir das positive Zukunftsbild erreichen: Notwendige Politik- und Handlungsfelder –.....	14
6 Die entscheidenden Fragestellungen für die Zukunft	15
7 Die richtigen Antworten und dazugehörige Aufgabenstellungen	16
1. Die Souveränitätsfrage.....	16
2. Die Resilienzfrage.....	17
3. Die Wachstums- und Wohlfahrtsfrage.....	18
4. Die Nachhaltigkeits- und Generationenfrage.....	19
5. Die Finanzierungsfrage	20
6. Die Gerechtigkeitsfrage	21
7. Die Glaubwürdigkeitsfrage.....	22
8 Welche Ansatzpunkte enthalten Parteiprogramme zur Erreichung des Zukunftsbildes?	23

1 | Einleitung: Die Zeit ist reif

Der Befund ist eindeutig: Deutschland steht vor großen Herausforderungen im Zuge historischer Umbrüche und es hat sich in den letzten Jahren ein gravierendes Umsetzungsdefizit aufgebaut. Beides sind Grundlagen für eine gefährliche Vermögensillusion, eine Überschätzung der eigenen Stärke und eine Unterschätzung des Strukturwandels. Die wesentliche Aufgabe der neuen Bundesregierung wird daher sein, das Land in seiner wirtschaftlichen Substanz und gesellschaftlichen Kraft zu erneuern. Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie sind die großen Themen, die nun angepackt werden müssen. Hinzu kommt ein geopolitischer Systemwettbewerb – vor allem mit Blick auf China, aber auch auf die USA – der von Deutschland und Europa mehr strategische Souveränität fordert.

Die Gegenwart ist indes von akuten Krisen geprägt: die Entwicklungen in Afghanistan im Sommer 2021 haben die außen- und sicherheitspolitische Krise des Westens und Europas fehlende Souveränität offenbart. Die Corona-Pandemie hat nicht nur unmittelbar hohe finanzielle Belastungen mit sich gebracht, sondern gravierende Versäumnisse und Rückstände in der Digitalisierung gezeigt. Zuletzt hat die Hochwasserkatastrophe offenkundige Mängel im Katastrophenschutz dokumentiert. Von einer Staatskrise zu sprechen, ist übertrieben. Eine Modernisierung des Staates, seiner Behörden und Ämter aber ist notwendig.

Umbrüche erfordern politische Gestaltung und entsprechende Weichenstellungen. Mehr denn je kommt es in den kommenden Monaten und Jahren auf vorausschauende und nachhaltige Politik an, die nicht kurzatmig an Symptomen ansetzt, sondern an den Ursachen. Tut die Politik das nicht, wird sie weiter von Krise zu Krise taumeln und nachhaltige Politik immer stärker kurzfristigen Erfordernissen opfern. Im Gegenteil: Diese Art von Politik provoziert immer neue Krisen.

Die neue Bundesregierung steht vor der Aufgabe, Deutschland langfristig auf die Zukunft vorzubereiten und die Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft auch für die kommenden Generationen zu erneuern. Nicht nur die Pandemie, sondern jüngst auch das Bundesverfassungsgericht erinnern daran, dass die Politik stärker auf die Zukunft und auf die Interessen sowie Freiheitsrechte der zukünftigen Generationen ausgerichtet sein muss. Was heute an Richtungsentscheidungen und Weichenstellungen versäumt wird, kann für längere Zeit irreversible Fehlentwicklungen bedeuten. Die zentrale Frage ist, wie die Zukunftsperspektiven durch mehr Innovation und Bildung, einen handlungsfähigeren Staat und ein mutiges Unternehmertum, eine wirksame Klimapolitik und konsequente Digitalisierung, eine nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik sowie ein souveränes Europa gestärkt werden können.

Es geht dabei nicht zuerst um Köpfe, sondern um Inhalte. Obwohl die relevanten Themen so offenkundig und drängend sind, scheinen die politischen Konzepte parteiübergreifend unscharf. Die folgenden Standpunkte rücken die Bedeutung der sich stellenden Fragen ins Bewusstsein. Welche Weichenstellungen heute nötig sind, zeigt sich oftmals klarer, wenn man den Blick aus einer gedachten Zukunft auf die Gegenwart wirft. Wir fragen also, was heute getan werden muss, um in eine wünschenswerte Zukunft zu gelangen.

2 | Wo wir derzeit stehen: Die geopolitische Ausgangslage

Deutschland, Europa und die gesamte westliche Welt befinden sich in einem Systemwettbewerb mit China. Vor allem der Wettlauf zwischen den USA und China um die wirtschaftliche, technologische und wohl auch irgendwann einmal militärische Vormachtstellung in der Welt wird die kommenden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte prägen. Diese geopolitische Neuordnung ist auch für Deutschland und Europa zentral, denn sie wirkt auf nahezu alle derzeit und künftig besonders relevanten Herausforderungen. Dabei geht es nicht nur um das besondere Interesse exportorientierter Volkswirtschaften an möglichst reibungsloser internationaler Zusammenarbeit. Dem Klimawandel, der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der Digitalisierung, letztlich auch demografischen Herausforderungen oder Pandemien kann durch nationalstaatliche Initiativen nicht adäquat begegnet werden. Gefragt sind globale Lösungsansätze, bei denen vor allem die größten Volkswirtschaften der Welt entscheidende Impulse geben können und sollten, idealerweise weitgehend koordiniert und zumindest auf übergeordnete, gemeinsame Zielsetzungen fokussiert.

Derzeit scheint die chinesische Mischung aus totalitärem Staat, marktwirtschaftlichen Ansätzen und sozialistischer Langfristplanung einige Vorteile zu haben. Dabei ist das chinesische System nicht vor Fehlern und Fehlentwicklungen gefeit. Allerdings wird diesen, sobald sie erkannt sind, zumeist rigoros begegnet. Wenn für notwendig erachtet, werden auch radikale Kurswechsel vorgenommen und konsequent umgesetzt. Das ist zweifellos eine der Stärken des Systems, vielleicht aber auch eine seiner größten Schwächen. Denn privatwirtschaftliches Agieren ist schwierig, wenn sich Rahmenbedingungen abrupt ändern, wie beispielsweise die harsche Regulierung einiger Technologiesektoren im Sommer 2021 gezeigt hat.

Allerdings tritt mangelnde Planungssicherheit aufgrund sich plötzlich und drastisch ändernder Rahmenbedingungen auch in westlich orientierten Industrienationen immer wieder auf. Ein Beispiel aus Deutschland ist das abrupte Einläuten der Energiewende als Reaktion auf die Atomkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011. Im weiteren Sinne kann man zudem die zuvor undenkbaren Eingriffe des

Staates in privatwirtschaftliches Handeln im Zuge der Coronakrise nennen. Auch wenn diese zum Schutz von Gesundheit und Leben zweifellos mit besten Absichten verbunden waren, hätte man sie doch mit etwas mehr Weitblick besser vorbereiten und dadurch verträglicher gestalten können. Die schon seit Jahren bekannten Studien zu Pandemie-Szenarien fanden allerdings keine weitere Beachtung, vermutlich weil das Risiko einer Pandemie für viele zu abstrakt und andere Themen akut und vermeintlich wichtiger waren.

Daran wird eine systemisch verankerte Schwäche der westlichen, demokratisch legitimierten und auf marktwirtschaftlichen Grundgedanken basierenden Gesellschafts- und Wirtschaftsorganisation deutlich, die fehlende Weitsicht. Politiker werden auf ein kurzfristiges, auf kommende Wahlen fokussiertes Denken getrimmt. In diesem Sinne sogar noch gravierender ist die Situation für Unternehmen, zumindest wenn sie börsennotiert sind. Die Schar an Analysten, Journalisten, Anlegern und Asset Managern erwartet – weil regulatorisch so institutionalisiert – quartalsweise detaillierte Berichte zur laufenden Geschäftstätigkeit und natürlich positive Ergebnisse. Bei beiden, Politikern und Unternehmenslenkern, kann man nachvollziehen, dass einige nur bedingt willens oder in der Lage sind, unter diesen Voraussetzungen langfristige Pläne umzusetzen, die zumeist mit größeren Anfangsinvestitionen und einem mehr oder weniger unsicheren Ausgang verbunden sind. Zu hoch wäre das Risiko, auf halbem Weg, bei den ersten Schwierigkeiten, persönliche Konsequenzen tragen zu müssen und vielleicht sogar, aus der Verantwortung entlassen, einen radikalen Wechsel des mittel- bis langfristig erfolgversprechenden Kurses mit anzusehen.

In China ist es anders. Langfristige Pläne und die Möglichkeit, diese auch umzusetzen – bei Bedarf unter zwischenzeitlichen Kurskorrekturen – geben Gelassenheit im Umgang mit akut auftretenden Problemen. Ähnlich mag die chinesische Regierung gedacht haben, als sie sich während der Amtszeit Donald Trumps plötzlich einem Handelskonflikt gegenüber sah. Während Trump innerhalb von vier Jahren Amtszeit zweimal in einen intensiven Wahlkampf abtauchen und folglich zumindest auch kurzfristige Zielsetzungen verfolgen musste, konnte man in Peking in Ruhe die Situation analysieren und Konsequenzen ziehen. Die Reaktion auf den Handelskonflikt ist folgerichtig die Strategie der „zwei Zirkel“, also die Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA und die Fokussierung auf eine stärkere Binnennachfrage sowie einen eher regional ausgerichteten Außenhandel innerhalb Ostasiens.

Diesem langfristigen, aber flexiblen und pragmatischen Denken sowie konsequenten Umsetzen ist es zu verdanken, dass China innerhalb von 40 Jahren einen bis dato beispiellosen und kaum erwarteten Aufstieg vollziehen konnte. Noch Ende der siebziger Jahre waren marktwirtschaftliche Experimente mit Sonderwirtschaftszonen in China undenkbar. Wohl kaum jemand konnte sich vor 15 Jahren eine Neue

Seidenstraße vorstellen oder die Lancierung und Umsetzung des Plans „Made in China 2025“, mit dem China innerhalb von 10 Jahren voraussichtlich die Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Nutzung von 10 der wichtigsten Zukunftstechnologien erlangen wird.

Aber nicht zuletzt das rigorose Vorgehen im Fall der Corona-Pandemie verdeutlicht, dass wir natürlich keine chinesischen Verhältnisse wollen, weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich oder politisch. Trotzdem – oder gerade deswegen (um zu vermeiden, dass das chinesische System sich weitere Vorteile herausarbeitet und andere Staaten möglicherweise beginnen, dieses zu kopieren) – sollte man offenen Asien blicken. Wenn wir unsere marktwirtschaftlich orientierten Demokratien erhalten wollen, müssen wir sie international wettbewerbsfähig gestalten und langfristig planbar sowie zielorientiert handeln. Zudem brauchen wir auch künftig eine belastbare Kommunikationsebene mit den USA und China.

3 | Was wir brauchen: Entscheidende Weichenstellungen in historischer Zeitenwende

Große Umbrüche brauchen mutige, langfristig wirkende Richtungsentscheidungen und Antworten auf der Ordnungsebene. Deutschland und Europa haben offensichtlich zu lange von der Substanz gelebt und Strukturen und Besitzstand verteidigt. Ein Beispiel von vielen ist die Automobilindustrie, die sich jahrzehntelang auf den Absatzerfolgen – vor allem in China – ausruhen konnte, ohne einen schleichenden gesellschaftlichen Wertewandel zu erahnen. Neuartige Entwicklungen, etwa mit Namen Tesla, wurden kaum ernst genommen. Zu groß war der Abstand zwischen etablierten Verbrenner-Automobilriesen und dem anfänglich wohl kaum ernst genommenen E-Mobil-Enthusiasten aus den USA. Aber die Entwicklung ging rasend schnell. Ohne den notwendigen Weitblick wurden viele kalt erwischt und mussten ihren Unternehmen innerhalb kürzester Zeit einen brachialen Strategiewechsel verordnen, Ergebnis noch offen.

Die Coronakrise hat viele ohnehin anstehende zukunftsrelevante Entscheidungen und Weggabelungen wie unter einem Brennglas vergrößert. Teils wurden wichtige Entwicklungen ad hoc angestoßen, wie der Digitalisierungsschub im Feld der Bürotätigkeiten. Teils wurden aber auch bestehende Fragilitäten offengelegt, auf die noch keine passenden Antworten gefunden wurden, etwa die Abhängigkeit von just-in-time-Produktionsprozessen von reibungslos funktionierenden weltweiten Lieferketten. Daher ist

genau jetzt der richtige Zeitpunkt für die neue Bundesregierung, wesentlich zum Gelingen der mittel- bis langfristig wirkenden Weichenstellungen beizutragen.

Die schon heute notwendigen, strukturellen Anpassungen und Maßnahmen, lassen sich aus einem, auf Basis des heutigen Wissens erstellten Zukunftsbild Deutschlands und Europas im Jahr 2030 ableiten.¹ Der Blick aus der Zukunft zurück auf das jetzt ermöglicht, über kurzfristige Zielkonflikte, wahltaktische Erwägungen, Verlustängste und Verteidigungshaltungen hinwegzublicken. Darauf aufbauend werden Handlungsempfehlungen für die neue Bundesregierung erarbeitet, eine „Agenda der Erneuerung“ zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas.

4 | Das – positive – Bild Deutschlands und Europas im Jahr 2030

1. DEUTSCHLAND UND EUROPA ALS AKTIVER TEIL EINER NEUEN KOOPERATIVEN WELTORDNUNG

Die Menschheit wird sich in den kommenden Jahren einer außergewöhnlichen Fülle an besonderen Herausforderungen und deren möglichen Folgen, wie bspw. Verteilungskonflikten und daraus resultierenden Wanderungsbewegungen, stellen müssen. Es ist zwar immer sinnvoll, mit nationalstaatlichen Initiativen zu eruiieren und zu demonstrieren, welche Lösungen grundsätzlich möglich sind und dadurch andere zu motivieren, ähnliche Wege zu gehen. Effektiv sind diese aber nur global durch gemeinsames Handeln möglichst vieler Staaten, Unternehmen und Menschen umsetzbar.

Daraus ergibt sich auch für Deutschland und noch mehr für Europa das Zukunftsbild einer tragenden und gestaltenden Rolle, um entsprechende Lösungsansätze zu ermöglichen. Für die notwendige globale Kooperation ist Voraussetzung, dass Deutschland in internationale Initiativen und Organisationen eng eingebunden und im Falle fehlender Zielorientierung der Gemeinschaft aktiver Thementreiber ist. **Um diese Rolle transparent nachvollziehbar umzusetzen, ist ein klares Profil im Sinne eindeutiger Standpunkte und Interessenslagen notwendig, wenn möglich weitgehend inhaltlich übereinstimmend mit europäischen Positionen. Gleichzeitig muss man willens sein, die Anliegen anderer wahrzunehmen, zu verstehen und auf diese einzugehen, um Kompromisse finden zu können. Wann immer möglich, sollte Kooperation geübt werden.** Wenn nötig, braucht es jedoch auch klare Grenzen („rote Linien“). Daher bedarf es der nötigen Mittel, um den eigenen Überzeugungen glaubhaft

¹ Der Zukunftsforscher Matthias Horx beschrieb in seinem Buch „Die Zukunft nach Corona – Wie eine Krise die Gesellschaft, unser Denken und unser Handeln verändert“ eine ähnliche Technik, die Regnose und definiert sie wie folgt: „In der Regnose projizieren wir uns selbst in die Zukunft. Wir beobachten uns beim Beobachten und schauen zurück. Dabei entsteht ein dynamisches Zukunftsbewusstsein: Wir erkennen, dass unsere innere Dimension die Zukunft in uns selbst erzeugt – dass wir selbst die Zukunft sind.“ Zum Unterschied zwischen Regnose und Prognose siehe auch: [Das Prinzip Regnose \(zukunftsinstitut.de\)](https://www.zukunftsinstitut.de/insights/2020/07/2020-07-20-regnose-zukunftsbewusstsein/).

Nachdruck zu verleihen. Dafür wiederum ist es erforderlich, dass Deutschland und Europa wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch stabil sind sowie eine gemeinsame, von politischen Einflüssen unabhängige und dadurch ebenso stabile Währung haben. Auch eine gewisse militärische Stärke ist zumindest im europäischen Kontext notwendig, um im Konfliktfall nicht allein auf Verbündete angewiesen zu sein und um Verbündeten adäquat zur Seite stehen zu können.

Eines der globalen Kernthemen der kommenden Jahrzehnte wird voraussichtlich der geopolitische Wettlauf zwischen China und den USA bleiben. Deutschland und Europa nehmen in der Mitte dieses Konfliktes eine neuralgische Rolle ein. Einerseits sind beide Kontrahenten sehr wichtige, kaum verzichtbare Handelspartner. Zugleich besteht historisch eine enge Beziehung zwischen Europa und den USA sowie eine Verflechtung, teils Abhängigkeit, über internationale Organisationen und Bündnisse. **Um in dieser Gemengelage nicht zum Spielball der Großmächte zu werden, ist es wichtig, dass Europa im Systemwettbewerb als aktiver Akteur selbständig und resilient mit einem eigenen „System-Angebot“ auftritt.** Das setzt voraus, in geopolitischen Fragestellungen möglichst geeint und mit einem eigenen strategischen Plan souverän zu agieren. Es bedarf klarer Unterscheidungsmerkmale und Werte, eines eigenen Profils, im Vergleich zu China, aber auch gegenüber den USA. So kann sich Europa bspw. als Garant für einen globalen Multilateralismus, offene Märkte und die Sicherheit von Daten positionieren. Zudem sind Demokratie, Rechtssicherheit, Stabilität, Marktwirtschaft, Umweltverträglichkeit, Innovation, Partnerschaftlichkeit, Solidarität, Welt- und Gesinnungsoffenheit sowie wissenschaftlich basiertes, eigenständiges, anstatt emotional aufgeladenes Handeln unverkennbare europäische Werte im Jahr 2030. Europa könnte den Menschen in allen Facetten in den Mittelpunkt seines Tuns stellen und so bspw. auch die Humanität und ethische Grundlagen in der Technologieentwicklung sicherstellen. Alle nicht sinnvollerweise von einer zentralen Instanz umzusetzenden Aspekte werden innerhalb Europas föderal geregelt, um den Menschen in ihrer eigenen regionalen Identität möglichst viele Entscheidungsspielräume zu lassen.

2. INNOVATIONSTREIBER UND VORBILD FÜR KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT

Die weitere Entkopplung der Produktion und des Wachstums von Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch ist ein Muss. Immer mehr Menschen, Unternehmen und Staaten verschreiben sich diesem Ziel und beginnen schon heute, entsprechend zu handeln. Trotzdem ist selbst im positiven Fall davon auszugehen, dass in 10 bis 20 Jahren erhebliche Auswirkungen des Klimawandels zu spüren sind. Extremwetterereignisse werden weiter zunehmen, Teile des Planeten – hoffentlich nur überschaubare – unbewohnbar werden.

Diese Erkenntnis ist auch künftig der Treiber, für immer stringenter Bemühungen, den Klimawandel doch noch zu begrenzen. **Wir gehen daher davon aus, dass es gelingt, durch eine entsprechende Energiewende Schadensbegrenzung zu betreiben und den materiellen Wohlstand weitgehend zu erhalten. Ein entscheidender Erfolgsfaktor zur Erreichung dieses Ziels ist die nahezu komplette Umstellung der Energieerzeugung auf nachhaltige, saubere Energiequellen.** Im Zukunftsbild des Jahres 2030 hat die Nutzung von Sonnenenergie deutlich

zugenommen. Jedes Haus ist mit Kollektoren oder vergleichbaren Technologien ausgestattet. Dank ausgereifter Speichertechniken und -kapazitäten können sich Privathaushalte und viele Unternehmen weitgehend autark mit eigenem Strom versorgen. Trotzdem wird eine enge globale Kooperation gelebt, um Stromschwankungen auszugleichen. Dafür gibt es ein internationales intelligentes Stromnetz (Smart-Grid) und zentrale Stromerzeugungs- sowie Speicherkapazitäten. Zur Sicherstellung der weltweiten Stromversorgung werden Wüsten zur Erzeugung von Solarstrom genutzt. Hinzu kommen Gezeiten-, Wasser- und Windkraftwerke. Die Speicherung der Energie erfolgt dezentral mithilfe von Batterien oder zentral in geologisch sinnvollen Territorien, bspw. über Pumpspeicher.

Eine wichtige Voraussetzung für die gelungene Klimawende ist die Durchsetzung eines klaren Verursacher- Haftungsprinzips in vielerlei Hinsicht. So werden alle Externalitäten, jegliche Nutzung von frei verfügbaren Umweltressourcen und jegliche Belastung von Umwelt und Umfeld bepreist, bspw. über eine CO₂-Steuer. Nutzer müssen in diesem Sinne eine vollumfassende Kostenkalkulation vornehmen und können sich nicht mehr als Trittbrettfahrer der Gemeinschaft der „kostenlosen“ Produktionsfaktoren bedienen. Wer auf der anderen Seite Ressourcen wiederherstellt bzw. Umweltbelastungen negiert, erhält eine entsprechende Entlohnung. Beispiele sind Waldbesitzer, Bereitsteller von Techniken zur CO₂-Bindung im Boden oder in Baustoffen sowie die Anbieter von Wüstenstandorten zur Errichtung von Solarfarmen.

Ein weiteres Beispiel gelungener ökologischer Transformation ist die weitgehende Vermeidung von (Plastik-) Abfällen. Wo dies nicht möglich ist, wird zumindest eine Kreislaufwirtschaft, bspw. bei vielen Baustoffen und Textilien oder die Nutzung von Pfandsystemen deutlich vorangetrieben. **Die Landwirtschaft wird im Jahr 2030 auf dem neuesten Stand der Technik und nachhaltig betrieben. Verbraucher haben ihren Konsum umgestellt, nutzen weniger tierische und kaufen noch stärker regionale Produkte.**

Deutschland und Europa spielen in diesem Bild eine zentrale Rolle als Treiber von innovativen Technologien, Verrechnungsmodellen und internationalen Kooperationen. Sie sind auf gutem Weg, die selbst gesteckten zeitlichen Ziele der CO₂-Neutralität zu erreichen und setzen regulatorisch, organisatorisch und technologisch weltweit Standards. Deutsche Auto- und Fahrzeugbauer werden mit einer Kombination aus E-Mobilität und modernen Verbrennungstechnologien weiterhin zu den Weltmarktführern gehören.

3. GELUNGENE DIGITALE TRANSFORMATION MIT FOKUS AUF INNOVATION UND BILDUNG

„Digitalisierung ist unser Werkzeug“ so könnte der Kernslogan einer künftigen Bundesregierung zur Beschreibung des mittel- bis langfristigen – auf jedem Fall über eine Wahlperiode hinausgehenden – Plans zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland lauten. Die Digitalisierung lässt sich nicht aufhalten. Sie wird weiter voranschreiten und unsere Gewohnheiten in vielerlei Hinsicht auch weiterhin massiv verändern, weniger im privaten Umfeld, das in fortgeschrittenen Volkswirtschaften heute schon nahezu vollständig durchdigitalisiert ist. Der nächste Schritt wird die Arbeit betreffen und vielleicht für ähnliche

Umwälzungen sorgen wie die Einführung der Dampfmaschine vor 250 oder des Fließbands vor über 100 Jahren. **Wie diese historischen Innovationen wird auch die Digitalisierung per Saldo als Instrument für ein besseres Leben und mit dem Ergebnis einer deutlichen Steigerung des Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten in die Geschichte eingehen.**

Zwar wird die Implementierung der Industrie 4.0, also untereinander kommunizierender und interagierender Maschinen auch Veränderungen von Arbeitsabläufen im Verarbeitenden Gewerbe mit sich bringen. Die deutlicheren Anpassungen aber werden in diesem Fall in einigen Dienstleistungsbereichen erfolgen, vor allem im Feld der klassischen Sachbearbeitung. Sich wiederholende oder anhand klar definierter Entscheidungsvariablen und Handlungssträngen orientierte Aufgaben werden künftig Maschinen oder künstliche Intelligenzen übernehmen. Der Fokus vieler Menschen wird sich bis zum Jahr 2030 auf kreativere, zwischenmenschliche und wohltätige Aktivitäten verschoben haben.

Doch nicht nur Arbeitsabläufe werden optimiert. Eine andere, heute noch in den Kinderschuhen steckende Technologie wird maßgebliche Veränderungen mit sich bringen – die Blockchain. Ihr zunehmender Einsatz wird für jeden von uns spürbar werden, angefangen bei der Rückverfolgung der Kaffeebohne bis zum Anbauer in Afrika, den Einsatz von Computerprotokollen (Smart Contracts) im Vertragswesen und der automatisierten Auslösung von Zahlungen bei erledigtem Auftrag im Übergang zwischen Produktion und Buchhaltung, der Dokumentation von Geschäftsabschlüssen, der Übertragung von realen Werten auf die Blockchain (Tokenisierung) bis hin zu blockchainbasierten Geschäftsplattformen, auf denen Buchungsportale, dezentralisierte Finanzdienstleistungen (DeFi) oder einzigartige digitale Kunstwerke (Non Fungible Tokens) angeboten werden.

Das Ergebnis der Digitalisierungswelle wird eine gerechtere aufwandsorientierte Entlohnung aller Beteiligten an einer Wertschöpfungskette zugunsten der bisher oftmals unterbezahlten Erzeuger und Produzenten sein. Gleichzeitig werden diverse Zwischenhändler oder andere Intermediäre bis hin zu heutigen Internet-Quasi-Monopolisten auf Marge verzichten müssen oder gar komplett hinfällig werden. Vielen heute wirtschaftlich abgehängten Menschen wird die Teilhabe an Wertschöpfung außerhalb des Subsistenzrahmens ermöglicht. Die Blockchain erleichtert zudem den direkten Zugang zu unterstützungsbedürftigen Menschen ohne Reibungsverluste, bspw. durch Korruption.

Es entsteht eine inklusivere Beteiligung an Gesellschaft, in der die informationelle Selbstbestimmung garantiert, mediale Pluralität und Wettbewerb in der Plattformökonomie sichergestellt ist. Da es dank des Langfristplans der neuen Bundesregierung gelungen ist, eine klare Fokussierung auf einige der wichtigsten Zukunftstechnologien vorzunehmen und gleichzeitig die Übersetzung der Technologieführerschaft von in Europa entwickelten technologischen Neuerungen in die Produktion auch hierzulande gelingt – und nicht wie heute oftmals in den USA – haben sich Deutschland und Europa zu einem international wettbewerbsfähigen Technologie-Hub entwickelt. **Besser als bspw. in China oder den USA gelingt in Europa jedoch ein humanitärer Umgang mit Technologie und die Nutzung gewonnener menschlicher Freiheiten**, indem emotionale Rückzugsorte bei überbordender „Technogielast“, soziale Kompetenzen und die Gestaltung der Freizeit als Standortfaktor

besonders gefördert werden.

4. SELBSTBESTIMMTE, EIGENVERANTWORTLICHE MENSCHEN IN SOLIDARISCHER GESELLSCHAFT

Demografische Entwicklungen gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit und der kommenden Jahrzehnte. Da sie noch schleicher als der Klimawandel wirken und die Auswirkungen – anders als beim Klimawandel – heute noch nicht offensichtlich sind, wird das Thema angesichts diverser akuter Probleme aber oftmals in den Hintergrund gerückt – zu Unrecht.

Wenn man Demografie in einem etwas weiteren Kontext betrachtet und auf die ganze Welt bezieht, sieht man, dass viele besondere Herausforderungen unserer Zeit auf die rasant steigende Weltbevölkerung zurückzuführen sind. Derzeit leben fast 8 Milliarden Menschen auf der Erde. Die Weltbevölkerung hat sich damit seit 1974 verdoppelt. Innerhalb der kommenden 10 Jahre werden voraussichtlich eine Milliarde Menschen dazukommen. Dank eines breiten wirtschaftlichen Fortschritts, einer besseren medizinischen Versorgung und steigendem Wohlstand hat sich trotzdem die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen seit dem Jahr 1999 um 1 Milliarde verringert. Das Wachstum ging jedoch zulasten der Umwelt und der Ressourcen. Ökologisch bedingte Zerstörung von Lebensraum führt künftig voraussichtlich zu mehr (Klima-) Flüchtlingen. Die Coronakrise sorgte dafür, dass im Jahr 2020 erstmals seit Jahren die Anzahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Personen (die weniger als 1,90 US-Dollar am Tag zur Verfügung haben) wieder deutlich angestiegen ist, nach Schätzungen der Weltbank auf etwa 750 Millionen und damit den Stand des Jahres 2015.

Diese Entwicklung hat weitreichende und auch für Deutschland ganz direkte Folgen, denn fehlende Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut erhöhen weltweit den Migrationsdruck, auch in Richtung Europa. Zudem können dadurch neue geopolitische Konflikte entstehen, die vor allem exportorientierte Volkswirtschaften wirtschaftlich treffen können. Es ist aus humanitärer und wirtschaftlicher Sicht sowie zur Vermeidung unkontrollierter Migrationsbewegungen dringend, sich dieses Themas anzunehmen. **Eine der außenpolitischen Kernaufgaben künftiger Bundesregierungen wird daher künftig sein, die Bekämpfung der weltweiten Armut bei gleichzeitiger Berücksichtigung der negativen Umwelteinflüsse zu adressieren. Zudem sehen sich Unternehmen bis zum Jahr 2030 noch stärker in der Verantwortung und tragen aktiv zur Verbesserung der Situation, bspw. in Zulieferstaaten, bei.**

Aber auch innerhalb Deutschlands werden demografische Entwicklungen, in diesem Fall die alternde Bevölkerung deutliche Auswirkungen zeigen. **Der Anteil der arbeitenden Menschen an der gesamten Bevölkerung wird zulasten des Anteils von Rentnern und Rentnerinnen weiter sinken.** Im Jahr 2050 könnten auf 50 Personen im Rentenalter 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Die wichtigsten Implikationen dieser Entwicklung sind die abnehmende Möglichkeit zur Finanzierung der umlagefinanzierten Rentenzahlungen und die Abnahme des Arbeitskräftepotenzials. Die Sozialversicherungen müssen bis zum Jahr 2030 entsprechend zukunftsfest gestaltet werden. Dazu gehört eine längere Lebensarbeitszeit, die an die steigende Lebenserwartung gekoppelt ist. Dabei wird nach der Art und insbesondere

den körperlichen Anforderungen verschiedener Berufsgruppen unterschieden und entsprechende Übergangslösungen, bspw. mit sukzessiv reduzierten und flexiblen Arbeitszeiten sowie weitmöglicher örtlicher Ungebundenheit, genutzt. Älteren Menschen werden Anreize geboten, sich auch nach ihrer beruflichen Laufbahn fortzubilden und weiter für die Gesellschaft zu engagieren – obwohl sie durch eine Kombination aus umlagefinanzierter und eigenverantwortlicher Altersvorsorge finanziell unabhängig sind. Frauen und Männern stehen adäquate Möglichkeiten zur Verfügung, damit sie ihre berufliche Tätigkeit besser mit familiären Bedürfnissen kombinieren können.

Dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel wird im Jahr 2030 durch eine gezielte Einwanderungspolitik Rechnung getragen. Vor allem jungen Menschen wird ermöglicht, sich durch entsprechende Fortbildungen für dauerhafte Tätigkeiten in Deutschland zu qualifizieren. Dabei wurde auch daran gedacht, bestehende Ausbildungsformate den Anforderungen der modernen Ökonomie anzupassen. Immerwährende Fortbildung, ggf. Umqualifizierung sowie digitale und Medienkompetenzen, Datenschutz und Datensicherheit sind zentral wichtige Aspekte einer digitalen Gesellschaft.

In Unternehmen und bei der Arbeit wird die Berücksichtigung von ESG-Faktoren bzw. die Verbesserung der Lebensumstände aller im weitesten Sinne am Produktionsprozess Beteiligten eine separate Zielsetzung einnehmen. Dazu gehören neben Mitarbeitern und Kunden auch Zulieferer und Dienstleister, Anrainer von Betriebsstätten oder die Gesellschaft und die Umwelt bzw. das Umfeld allgemein. Menschen werden insgesamt weniger Arbeitszeit für ihren eigentlichen Job aufbringen müssen. Trotzdem ist die Wertschätzung ihrer Arbeit hoch, vor allem bei direkt dem Menschen zugutekommenden Tätigkeiten, bspw. in der Pflege. **Heutige als „prekär“ bezeichnete Arbeitsverhältnisse gehören der Vergangenheit an.** Niemand fühlt sich abgehängt, unabhängig von der Arbeitsplatzwahl, ob im urbanen oder ländlichen Raum oder in Ost oder West ansässig.

Zur Freizeitgestaltung gehört künftig auch, sich privat für sein Umfeld oder die Gesellschaft aktiv zu engagieren, ganz so wie es Unternehmen vorleben. **Sowohl im beruflichen wie im privaten Umfeld setzt man auf weitgehende Flexibilität und Selbstbestimmung.** Aus diesem Bild heraus könnte ein entscheidender Wettbewerbsvorteil gegenüber totalitär agierenden Regimen entstehen. Die Menschenwürde wird umfassend vorangestellt, der Zuspruch für Demokratie und Marktwirtschaft erhöht. Die heute trotz aggregiert und in den meisten Einzelfällen in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegenen Wohlstands allgegenwärtige Unzufriedenheit wird erheblich reduziert.

5. DER STAAT SETZT DEN RAHMEN, DEN UNTERNEHMEN UND MENSCHEN ZUM WOHLERGANG ALLER NUTZEN

Ein hohes Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt ist eine wichtige Grundbedingung von Demokratien. Gerade in vielen Staaten Europas, aber auch in den USA hat dieser Zusammenhalt in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Zumindest kann man so das verstärkte Aufkommen nationalistisch und teils separatistisch auftretender Parteien interpretieren. Einige der hierfür relevanten Ursachen sind in den Folgen der globalen Finanz-

und Wirtschaftskrise 2008/2009 zu finden. Damals retteten Staaten mit unvorstellbaren Summen Banken, andere Finanzinstitutionen und letztlich Volkswirtschaften vor dem Kollaps. Viele Staaten wurden an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit geführt, weshalb Notenbanken wiederum die Staaten vor dem Ruin oder zumindest vor zu stark steigenden Refinanzierungskosten bewahrten.

Schon damals schlich sich ein Ungerechtigkeitsgefühl bei vielen Menschen ein. Warum werden Finanzinstitutionen, die jahrelang unter Eingehung erheblicher Risiken enorme Gewinne gemacht hatten, von der Allgemeinheit gerettet? Wo ist das Verursacher-/Haftungsprinzip? Warum werden Gewinne bei einzelnen Institutionen belassen und Verluste vergemeinschaftet? Die folgenden Jahre überwiegend ultra-expansiver Geldpolitik mit Null- und Negativzinsen sowie massiven Wertpapierkaufprogrammen der bedeutendsten Notenbanken weltweit haben die Grundlage für eine ungleich verteilte Partizipation am wirtschaftlichen Aufschwung gelegt. Während Löhne relativ gering anstiegen, legten die Kurse aller Anlageklassen deutlich zu. Davon profitierten aber nur Menschen, die entsprechende Investments hatten – in Deutschland sowohl bezogen auf den Aktienbesitz als auf die Wohneigentumsquote zu wenige.

Aus dieser Entwicklung heraus entstand zuletzt vielfach der Gedanke, der Staat müsse stärker umverteilen. Die Coronakrise hat nun zu einem allgegenwärtigen staatlichen Interventionismus geführt und es stellt sich die Frage, ob der Staat den Schritt zurück, in seine eigentlich im freiheitlich volkswirtschaftlichen Sinne geeignete Rolle des Setzers von Rahmenbedingungen tatsächlich vornimmt. Gleichzeitig hat sich spätestens im Zuge der Corona-Pandemie aufgrund explodierender Staatschulden in Kombination mit noch einmal erheblich ausgeweiteten Wertpapierkaufprogrammen eine enge Verflechtung, in Teilen eine Abhängigkeit, zwischen Geld- und Fiskalpolitik ergeben.

Die positive Annahme mit Blick auf das Jahr 2030 ist, dass diese Rolle rückwärts gelingt und der Staat der Versuchung, entstandene Einkommens- und Wohlstandsgefälle durch bloße Umverteilung zu schließen, widersteht. Wir gehen also von einem in jeglicher Hinsicht handlungsfähigen und -willigen Staat aus. Gleiches gilt für die Notenbanken, deren Refokussierung auf ihr oberstes Ziel, die Sicherung der Preisniveaustabilität erfolgt. Staatsschulden werden auf ein verträgliches Niveau zurückgeführt, nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere auch in den anderen Staaten der Eurozone. Die Basis für die dafür notwendigen Strukturreformen bilden die, im Zuge der Auszahlung der Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds und u.a. an Steigerungen der Wettbewerbsfähigkeit gekoppelten Bedingungen.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gehört, dass der Staat nur so viele Regulierungen und Grenzen für private Geschäftstätigkeit setzt, wie zur Durchsetzung eines marktwirtschaftlichen Rahmens und zum Anreiz der notwendigen Transformationen notwendig. Er erneuert seine Institutionen und implementiert resiliente Systeme. Die Kommunikation zwischen Bürgern und Ämtern erfolgt im Jahr 2030 weitgehend digital. Gleichwohl ist der Staat nicht interventionistisch, parteiisch oder gar repressiv. Im Gegenteil ist er umsetzungs- bzw. technologieoffen, gibt also nur – mittel- bis langfristig zu erreichende

– Zielsetzungen vor, ohne konkrete Lösungsansätze zu protegieren.

Zudem ermöglicht er eine ebenfalls möglichst langfristige Halbwertzeit der einmal getroffenen Richtungsentscheidungen. Analog zum Vorgehen in China, werden zwar Weichenstellungen auf Basis zwischenzeitlich gewonnener Erkenntnisse vorgenommen, um die Zielerreichung zu optimieren. Anfängliche Fehleinschätzungen werden in diesem Zuge offen diskutiert und entsprechend korrigiert. Vermieden werden allerdings nicht dringend notwendige plötzliche Richtungswechsel, durch die Planungssicherheit für die in der Umsetzung befindlichen privatwirtschaftlichen Organisationen konterkariert wird.

Die Nutzung des gesteckten Rahmens erfolgt in einer Kombination aus demokratisch ermittelten, individuellen Präferenzen und die Bedürfnisse befriedigenden marktwirtschaftlich bereitgestellten Produkten und Dienstleistungen. Eine Dichotomie, eine Zweiteilung ohne Schnittmengen und daher ein sich gegenseitig nicht verstehendes, kommunikationsunfähiges Nebeneinander von Staat und Privatwirtschaft wird vermieden.

Schließlich ist der Staat in der Lage, seine mittel- bis langfristige Zielsetzung den Bürgern argumentativ gut untermauert zu vermitteln, auch mithilfe eines einprägsamen Slogans, z.B. „Deutschland, ökologisch, sicher und digital“. Er unterstreicht die Zielsetzung mit möglichst jeder Gesetzgebung, seinem ganzen Tun und Handeln und führt jede Aktion auf die übergeordneten Ziele zurück. Jedem Menschen ist klar, welchen Teil er persönlich zur Zielerreichung beitragen kann. Natürlich wird an Weggabelungen immer wieder über die einzuschlagende Richtung diskutiert, jedoch in dem Wissen, dass es nach ggf. adjustierter Strategie nur um die Festlegung des neuen Weges zum bekannten übergeordneten Ziel geht.

5 | Wie wir das positive Zukunftsbild erreichen: Notwendige Politik- und Handlungsfelder —

Die großen Missionen für eine wünschenswerte Zukunft sind klar umrissen: Es muss am Ende der 2020er Jahre gelungen sein, eine echte Nachhaltigkeitsökonomie zu entwickeln, die schon fast vollständig klimaneutral ist, die Biodiversität schützt und die Regeneration natürlicher Ressourcen sicherstellt, eine echte digitale Gesellschaft, in der alle Kinder selbstverständlich Zugang zu digitalen Bildungsmöglichkeiten haben, die Verwaltung durch Digitalisierung einfacher, schneller und kundennäher geworden ist, eine Marktwirtschaft, die innovativ und durchlässig ist, und eine Demokratie, die lebendig und stark ist.

Ein solches Zukunftsbild wird heute von fast allen Parteien mehr oder weniger geteilt. Da verwundert es umso mehr, wie inhaltsarm der Bundestagswahlkampf 2021 verlief. Dabei wäre es so wichtig, ein breites Bewusstsein für den Handlungsdruck, die Größe der Aufgabe und den notwendigen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. **Die Mobilisierung breiter Mehrheiten der Gesellschaft ist**

gerade jetzt enorm wichtig für die Zielerreichung, scheint aber angesichts der zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft in Blasen, der zunehmenden Fokussierung auf Nebensächlichkeiten und eines immer rauer werdenden Tons immer schwieriger.

Die eigentliche Diskrepanz aber besteht zwischen den ambitionierten Zielformulierungen und der ambitionslosen Umsetzung, die auf einer besorgniserregenden Trägheit und mangelnden Fantasie fußt. **Es fehlt fast überall an Agilität und Konzepten. Das Regierungshandeln der letzten Jahre war häufig kurzfristig und symptomatisch, selten nachhaltig und kurativ, wodurch man von Krise zu Krise geschlittert ist.** Gute und vorausschauende Politik aber zeichnet sich dadurch aus, dass rechtzeitig Weichen für große Richtungsentscheidungen getroffen werden, so dass Krisen abgemildert, Übergänge geschaffen und Entwicklungen verstetigt werden. So lässt sich konstatieren, dass die Politik nicht etwa vorangeht, sondern den Erwartungen der Gesellschaft und letztlich auch der Wirtschaft nicht gerecht wird und somit Enttäuschung produziert. Die Demokratie gerät dadurch in Gefahr. Diese offensichtliche Diskrepanz gilt es nach der Wahl anzugehen. **Die klaffende Lücke zwischen Zielen, Instrumenten und Konzepten muss geschlossen werden, um den Weg in eine gute Zukunft zu finden.**

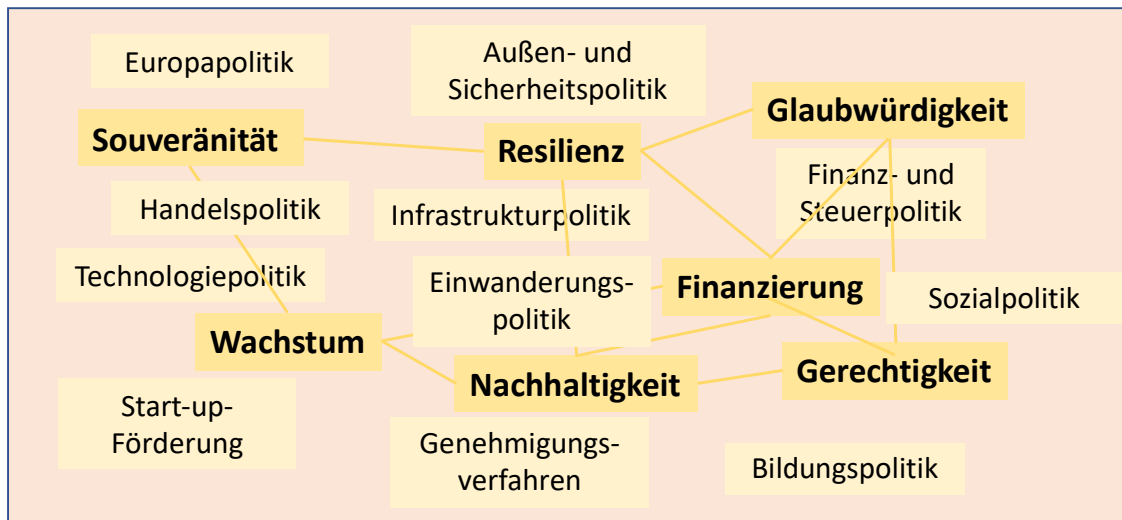
6 | Die entscheidenden Fragestellungen für die Zukunft

Konkret müssen Antworten auf die folgenden, auf die Zukunft bezogenen Fragestellungen gefunden werden:

- **Die Souveränitätsfrage:** Wie können Deutschland und Europa in einer Welt und einer Zeit der geopolitischen Verschiebungen an strategischer Souveränität gewinnen sowie Demokratie, offene Märkte und den Multilateralismus stärken?
- **Die Resilienzfrage:** Wie lässt sich eine ausreichende Resilienz als wesentliches Merkmal erfolgreicher Ökonomien und Gesellschaften in einer Welt disruptiver Ereignisse und Entwicklungen, zunehmender Unsicherheit und erhöhter Komplexität implementieren?
- **Die Wachstums- und Wohlfahrtsfrage:** Wieviel und welches Wachstum ist möglich? Was bedeutet in Zukunft Wohlfahrt, wie können wir sie messen und wie den notwendigen Fortschritt erzeugen?
- **Die Nachhaltigkeits- und Generationenfrage:** Wie kann heutiges Wirtschaften und Handeln nachhaltig erfolgen, um gleichberechtigt die Interessen heutiger und zukünftiger Generationen zu reflektieren?
- **Die Finanzierungsfrage:** Welche Investitionen für die Zukunft können und sollen angesichts heutiger ökonomischer Knappheiten finanziert werden? Wie gehen wir in Deutschland mit der Schuldenbremse und dem Ziel der „Schwarzen Null“ um?
- **Die Gerechtigkeitsfrage:** Wie erreichen wir eine gerechte Verteilung der Lasten als Bedingung für erfolgreiche Transformation und eine ausreichende Akzeptanz der politischen Maßnahmen angesichts notwendiger, teils harter Einschnitte?
- **Die Glaubwürdigkeitsfrage:** Wie kann Politik die eigene Glaubwürdigkeit wieder stärken und Lösungskompetenz entwickeln, um notwendiges Vertrauen in die Verantwortung und Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen wiederherzustellen?

Diese „Zukunftsfragen“ finden ihren besonderen Niederschlag in bestimmten Politikfeldern, denen konkrete Aufgaben zugeordnet werden können.

Zukunftsfragen und Politikfelder



7 | Die richtigen Antworten und dazugehörige Aufgabenstellungen

1. DIE SOUVERÄNITÄTSFRAGE

Die **Souveränitätsfrage** bezieht sich wesentlich auf das Feld der **Europa- sowie der Außen- und Sicherheitspolitik**, aber auch der **Technologiepolitik**. Der Verlauf des Abzugs internationaler Truppen aus Afghanistan im August 2021 hat unterstrichen, was seit längerer Zeit offenkundig ist, nämlich dass Europa im geopolitischen Systemwettbewerb mit China einerseits und den USA andererseits an Boden verliert. Dieser Befund ist auch ökonomisch bedenklich, da es in den kommenden Jahren um die Neugestaltung der Globalisierung und der internationalen Handelspolitik geht. Die Stärke Europas bezieht sich dabei auf die Stabilität nach Innen und den Einfluss auf Außen. Beide Dimensionen hängen voneinander ab: Wenn Europa nicht nach Innen stabil ist, kann es keinen äußeren Einfluss haben. Und wenn es keinen äußeren Auftrag wahrnimmt, wird es schwierig, diese innere Stabilität herzustellen. Der geopolitische Systemwettbewerb wird auch und insbesondere über neue Technologien geführt. Europa muss daher den Anspruch formulieren, diese Technologien mit einem eigenen europäischen Ansatz zu entwickeln und zu nutzen. Gelingt das nicht, wird man sich langfristig nur extern

vorgegebenen Standards anpassen können.

Konkret ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung:

- **Europas Souveränität zu unterstreichen**, indem das transatlantische Bündnis wieder gestärkt und das Verhalten gegenüber China geklärt wird. Wertegemeinschaften hervorzuheben ist dabei ebenso wichtig, wie partnerschaftliche Kooperationen zu fördern. Nur so lässt sich der Multilateralismus trotz geopolitischer Veränderungen erhalten. Dies ist nicht zuletzt der rationale Ansatz einer stark exportorientierten Volkswirtschaft wie der deutschen.
- **Europas Stabilität zu stärken**, indem ein ordnungspolitisch und institutionell glaubwürdiger Rahmen geschaffen wird, der zentrale Aufgaben zentralisiert (Stärkung der Souveränität) und dezentrale Aufgaben in die Länder und Regionen zurückgibt (Stärkung des Föderalismus und der Subsidiarität). Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass eine bessere europaweite Steuerung und Koordinierung notwendig sind, eine regionale Differenzierung der Maßnahmen aber ebenso wichtig ist. Die Differenzierung der zu zentralisierenden und der föderal umzusetzenden Aufgaben muss transparent, ergebnisoffen und grundsätzlich diskutiert sowie einvernehmlich festgelegt werden.
- **Konkrete Umsetzungsschritte zur Stärkung der europäischen Zentralinstanz zu forcieren**, bspw. den Aufbau einer gemeinsamen, und die Abhängigkeit von Externen reduzierenden europäischen Verteidigungs-, Pandemie- und ggf. Katastrophenbekämpfungsstrategie. Auch hier sollte im Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozess die Schnittstelle des Übergangs zu föderaler Verantwortung definiert werden.
- **Die besondere Bedeutung der fiskal- und geldpolitischen Regeln sowie der finanzpolitischen Ausgleichsmechanismen zu unterstreichen**. Dieser Punkt schließt die Aufgaben und das Mandat der Europäischen Zentralbank ein. Um der zunehmenden Verquickung von Geld- und Fiskalpolitik zu begegnen, sollte die Unabhängigkeit der Notenbank von politischen Entwicklungen zweifelsfrei wieder hergestellt werden.
- **Die Weiterentwicklung der „Fiskalunion“ anzugehen**, die jedoch nicht in einer allgemeinen Gemeinschaftshaftung enden darf, sondern in einer Stärkung der Reformanreize. An die Zentrale delegierte Aufgaben benötigen ein eigenes zentrales Budget und darauf bezogene eigene Einnahmequellen.
- **Europa als Wertegemeinschaft zu profilieren**, vor allem mit einem eigenen Ansatz des Unternehmertums, der gemeinschaftlichen Nutzung und Entwicklung neuer Technologien, insbesondere der Künstlichen Intelligenz, sowie des Schutzes der menschlichen Würde und der natürlichen Lebensgrundlagen.

2. DIE RESILIENZFRAGE

Die **Resilienzfrage** bezieht sich wesentlich auf die **Modernisierung des Staates** und die **Handlungsfähigkeit öffentlicher Institutionen** und damit insbesondere auf **Infrastrukturpolitik**. Eine hinreichende Handlungsfähigkeit ist zentral für den Umgang mit Krisen und Unsicherheit sowie die Koordination und Durchsetzung von Regeln. Deutschland und Europa haben hier

erkennbare Defizite. Die jüngsten Erfahrungen mit staatlichem Handeln in verschiedenen Krisen haben eine breite Diskussion darüber ausgelöst, ob und inwieweit der Staat und seine Institutionen noch wirklich handlungsfähig sind. Vor diesem Hintergrund stehen eine Überprüfung und Modernisierung der öffentlichen Institutionen an. Zudem bedarf es einer Stärkung Europas nach innen, indem das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Zentralisierung bestimmter Themenfelder erhöht und die Fähigkeit der Zentrale, diese auch zielgenau im Sinne der Menschen zu erledigen, gestärkt wird.

Konkret ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung:

- **Die Überprüfung und ggf. Neuausrichtung sowie den Aufbau einer umfassenden Risikoanalyse und eines Krisen- und Katastrophenschutzes voranzubringen.**
- **Die heute nicht mehr aufhaltbaren Auswirkungen des Klimawandels zu berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen,** um negative Konsequenzen für Menschen zu begrenzen, bspw. durch Flutsicherungssysteme.
- **Den Aufbau von agilen (Entscheidungs-)Strukturen in Verwaltung und öffentlichen Unternehmen sowie insbesondere in den Schulen, Gesundheitsämtern und Behörden zu forcieren.** Handelnde Personen und Entscheider sollten auf konkrete Ziele anstatt vornehmlich auf die Einhaltung von Prozessen und Regeln fokussiert werden.
- **Die Digitalisierung administrativer Prozesse und Dienstleistungen zu beschleunigen.**
- **Föderale Strukturen zu überprüfen und ggf. zu korrigieren.**
- **Ein funktionierendes und international wettbewerbsfähiges Finanz- und Bankensystem auf europäischer Ebene sowie die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion voranzutreiben.** Dabei wird eine differenzierte Regulierung benötigt: wer auf europäischer Ebene Bankgeschäfte betreibt unterliegt der europäischen, wer regional aktiv ist, der nationalstaatlichen Regulierung.
- **Die Akzeptanz europäischer Institutionen zu erhöhen,** indem bei politischen Entscheidungen wissenschaftliche Erkenntnisse grundsätzlich einbezogen werden und eine stärkere Bürgerbeteiligung ermöglicht und forciert wird (bspw. über Bürgerräte). Das würde auch die zuletzt kaum noch vorhandene **Debattenkultur wieder fördern,** weg von unversöhnlichen Lagerpositionierungen ohne Kompromissbereitschaft, etwa in sozialen Medien, hin zum Bemühen, andere Argumente anzuhören und zu berücksichtigen.

3. DIE WACHSTUMS- UND WOHLFAHRTSFRAGE

Die **Wachstums- und Wohlfahrtsfrage** bezieht sich vor allem auf den derzeitigen **Strukturwandel** und die großen **Transformationen**, vor denen Deutschland steht. Es geht damit um die **Wirtschafts- und Strukturpolitik** aber auch **Handels- und Einwanderungspolitik**. Der lange Aufschwung in Deutschland bis zur Pandemie hat viele strukturelle Defizite überlagert und verdeckt. Wichtige industriepolitische Übergänge wurden aufgeschoben und bestehende Strukturen konserviert. In der Automobil- und den verschiedenen Zulieferindustrien (Metall- und Elektro) als der wichtigsten Einzelbranche in Deutschland stehen mit der Digitalisierung und der Klimaneutralität große und disruptive Transformationsprozesse an. Die Grundlagen unseres Wohlstandes und der

Wettbewerbsfähigkeit des Standortes müssen erneuert werden. Das betrifft den Kapitalstock, die Infrastruktur, die Innovationsfähigkeit und die Qualifikationen.

Konkret ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung:

- **Ein mehrjähriges Investitionsprogramm für Infrastruktur (insbesondere in digitale Infrastruktur), Bildung und Forschung und Entwicklung zu lancieren.**
- **Die Digitalisierung als Kernentwicklungsthema zu platzieren und eine nationale Digitalstrategie mit dem Ziel einer dynamischen und vertrauenswürdigen digitalen Wirtschaft zu erstellen.** Dabei sollten digitale (Daten-) Sicherheit und entsprechende Standards als Standortvorteil herausgestellt werden.
- **Gegen Protektionismus vorzugehen und internationale Arbeitsteilung als wesentlichen Faktor für die Steigerung des breiten, weltweiten Wohlstands weiter zu proklamieren.**
- **Startups und das Eingehen unternehmerischen Risikos verstärkt zu fördern und deren Standortbedingungen generell zu verbessern,** vor allem den Zugang zu Risikokapital, sowie die Bildung von Innovations- und Knowhow-Hubs zu unterstützen.
- **Bürokratie abzubauen und Unternehmenssteuern zu senken,** um nach der Pandemie insbesondere die Investitionskraft und Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu stärken. Eine aktuelle Studie des ifo hat gerade wieder gezeigt, dass eine Steuersenkung mittelfristig positive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung hat.
- **Das Angebot an Fachkräften durch aktivierende Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik sowie durch qualifizierte Zuwanderung zu stärken.**

4. DIE NACHHALTIGKEITS- UND GENERATIONENFRAGE

Die **Nachhaltigkeits- und Generationenfrage** bezieht sich auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Freiheit und der Wohlfahrt zukünftiger Generationen. Im Zentrum steht die **Klimapolitik**, die zugleich **Technologie- und Industriepolitik** beinhalten muss, um Klimaschutz nicht gegen Wohlstand und Arbeitsplätze auszuspielen, sondern entsprechende gesellschaftliche Zielkonflikte abzumildern. Es steht außer Frage, dass das fossile Wachstum der letzten Jahrzehnte die Erde an den Rand der planetaren Grenzen – und zum Teil schon darüber hinaus – geführt hat. Das weltweite Restbudget an CO₂, das zur Verfügung steht, um die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, reicht nach derzeitigem Stand nur noch wenige Jahre. Der jüngste Report Weltklimarats (IPCC) sieht die Entwicklungen eher beschleunigt und warnt vor möglichen Kipppunkten, die bestimmte Phänomene für Jahrhunderte unumkehrbar machen würden. Das Bundesverfassungsgericht hat darüber hinaus die Politik angemahnt, stärker die Interessen und Freiheitsrechte zukünftiger Generationen zu berücksichtigen, sich also wesentlich langfristiger und nachhaltiger auszurichten. Damit wird ein politischer Paradigmenwechsel angemahnt.

Konkret ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung:

- **Die Schaffung eines Ordnungsrahmens und Anreizsystems für eine klimaneutrale Wirtschaft und Ressourcennutzung,** um über eine regulatorische Unumkehrbarkeit

Investitionssicherheit für private Klimaschutzinvestitionen herzustellen und trotzdem international wettbewerbsfähig zu bleiben.

- **Einen Dreiklang aus CO₂-Preis, Infrastrukturinvestitionen und Technologieförderung zu implementieren**, um die Grundlagen für Verhaltensänderungen und technologische Innovationen für Klimaschutz zu schaffen. Die Verursacher von Emissionen oder anderen Externalitäten müssen diese vollumfänglich in ihren Kostenkalkulationen berücksichtigen. Demgegenüber muss die Absorption von Emissionen, bspw. die Bindung von CO₂, entlohnt werden.
- **Genehmigungsverfahren zum Ausbau erneuerbarer Energien insbesondere zur Deckung der Stromlücke im Bereich Wärme und Verkehr zu beschleunigen.**
- **Private Initiativen zielgerichtet zu fördern**, bspw. die Installation von privaten Anlagen zur Stromerzeugung und dezentrale Speicherkapazitäten.
- **Die Verfügbarkeit der für die Energiewende notwendigen Rohstoffe zu sichern und internationale Stromaustausch- und speicherungsplattformen zu initiieren.**
- **Der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie den Übergang zu nachhaltigeren Anbau- und Produktionsmethoden zu ermöglichen** sowie Konsumenten zu einem bewussteren Umgang mit Lebensmitteln anzuregen und Verschwendung zu begrenzen.
- **Eine wissenschaftlich basierte Priorisierung von Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität vorzunehmen**, um im Sinne der Effizienz vor allem die großen Hebel zuerst umzulegen (bspw. Dämmung von Gebäuden) und die wissenschaftliche Forschung gerade im Bereich des Klimaschutzes gezielt auszubauen.
- **Einen „Klimaclub“ initiieren**, um das Problem der internationalen Koordinierung unterschiedlicher Anstrengungen und Anreize in den Ländern zu lösen. Ein auch kurzfristig erreichbarer gemeinsamer Weg Europas und der USA könnte bereits eine hohe Sogwirkung auf andere Länder, z.B. China entfalten.

5. DIE FINANZIERUNGSFRAGE

Die **Finanzierungsfrage** bezieht sich vor allem auf die **Finanz- und Steuerpolitik**. Sie ist zugleich der wesentliche Hebel für Leistungsanreize, soziale Umverteilung und intergenerative Lastenverteilung. Da Politik in der Tendenz die Neigung hat, Lasten in die Zukunft zu verschieben und Wahlgewinne zu verteilen, ist das Gebot stabiler öffentlicher Finanzen immer aktuell. Umgekehrt bestehen gerade heute große Investitionserfordernisse und zugleich – angesichts historisch niedriger, überwiegend negativer Zinsen für deutsche Staatsanleihen – fiskal- und finanzpolitische Spielräume. Diese müssen klug und vorausschauend genutzt werden, denn einerseits steht Deutschland vor großen Transformationsprozessen, die entsprechenden Investitionsbedarf auslösen, andererseits hat die Corona-Pandemie die Ausgangslage der öffentlichen Haushalte – vom Bund über die Länder und Kommunen bis zu den Sozialversicherungsträgern – enorm belastet. Im Grundsatz greift auch hier das Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Der Schutz der Freiheit nächster Generationen bedeutet auch, dass wir heute mehr auf Konsum verzichten und mehr investieren - die Lasten also nicht in die Zukunft verschieben, sondern den Investitionsstau heute beheben. Da in einer alternden Gesellschaft ältere Gruppen den Medianwähler stellen, braucht Politik gerade jetzt Mut, sich den einfachen und opportunen Weg zu versagen.

Konkret ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung:

- **Die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme dauerhaft demografiesicher zu gestalten**, indem Jüngeren mehr finanzielle Eigenverantwortung ermöglicht wird und sich Ältere bspw. länger beruflich engagieren können. Das Einfrieren des Rentenniveaus darf kein unumstößliches Dogma sein.
- **Die zukünftige Umverteilungsaufgabe des Staates zu beschränken**, weil dadurch Leistungsanreize vermindert werden, also keine deutlichen Steuererhöhungen umzusetzen.
- **Den zukünftigen Generationen nicht nur konsolidierte Staatsfinanzen, sondern durch sinnvolle Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung auch einen modernen Kapitalstock und eine leistungsfähige Infrastruktur zu hinterlassen**, die sich positiv auf das Wachstumspotenzial und die Produktivitätsentwicklung auswirken.
- **Finanzierungsspielräume durch niedrige Zinsen sowie die kritische Überprüfung und den Abbau von Subventionen für mehr Zukunftsinvestitionen zu nutzen.**
- **Die „Schwarze Null“ auszusetzen und die Schuldenbremse zu reformieren**, aber nicht aus dem Grundgesetz zu streichen.
- **Nach der Pandemie die Wirtschaft nicht mit einem fiskalischen „Konsolidierungsschock“ zu belasten**, sondern die Schulden zu strecken und sogar Steuersenkungsspielräume zu nutzen, um die Wachstumskräfte nach der Krise zu stärken und damit die Basis zu legen, um die notwendigen Investitionen finanzieren zu können.
- **Privates Kapital zu mobilisieren**, aus Europa und aus dem außereuropäischen Ausland.

6. DIE GERECHTIGKEITSFRAGE

Die **Gerechtigkeitsfrage** bezieht sich wesentlich auf die **Sozialpolitik** und die **Bildungspolitik**. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist eine wichtige Stabilitätsbedingung für die wirtschaftlichen Transformationsprozesse. Alle genannten Fragestellungen lassen sich nicht nachhaltig beantworten, wenn nicht gleichzeitig Gerechtigkeit und somit Akzeptanz hergestellt wird. Gerechtigkeit schließt den Ausgleich von Lasten ein, bedeutet aber vor allem auch Chancengleichheit und Durchlässigkeit. Sozialpolitik darf daher nicht länger überwiegend reaktiv sein und „reparieren“, sondern proaktiv und befähigend. Wie wichtig eine faire Lastenverteilung und gleichzeitig der Zugang zu Ressourcen und Infrastruktur sind, hat wiederum die Corona-Pandemie gezeigt, die insbesondere Bildungsungerechtigkeiten aufgezeigt hat.

Konkret geht es für die nächste Bundesregierung um folgende Punkte:

- **Bildung und insbesondere frühkindliche Bildung zu einem Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode zu machen.** Die empirische Forschung von James Heckman zeigt, dass die höchsten (individuellen und volkswirtschaftlichen) „Lebensrenditen“ im frühkindlichen Alter erzielt werden.
- **Die Schule auf die künftigen Anforderungen einzustellen**, bspw. über die Einführung eines Unterrichtsfaches Wirtschaft und die Vermittlung von Digital-Knowhow sowie künftig

notwendiger soft skills und vor allem der Fähigkeit dauerhaft dazuzulernen, selbständig zu denken und offen zu debattieren.

- **Lebenslanges Lernen zu ermöglichen** und eine entsprechende Öffnung des Bildungssektors für neue öffentliche und private Angebote zu fördern.
- **Den Übergang in die digitale Wirtschaft aktiv zu managen**, zu begleiten und soziale Härten abzufedern.
- **Die breite Beteiligung am Produktivvermögen zu fördern**, z.B. durch Aktiensparen oder auch durch einen staatlichen Fonds wie in Norwegen. Eigentum und Vermögensbildung lassen sich auch über konkrete Anreize, bspw. ein Willkommensgeschenk in Form von Aktien-ETF's für Neugeborene, weiter befördern. Neben der Verbesserung der Altersvorsorge entsteht dadurch zusätzlich eine höhere emotionale Bindung, ein besseres Verständnis und dadurch eine tiefere Verwurzelung unternehmerischen Agierens in der Gesellschaft.
- **Wohnungsbau in Städten zu fördern**, da die hohen Mieten mittlerweile Familien und mittlere Einkommen stark belasten und auf die reine Deckelung von Mieten zu verzichten.

7. DIE GLAUBWÜRDIGKEITSFRAGE

Die **Glaubwürdigkeitsfrage** betrifft die **Politik** und **Institutionen** insgesamt. Politik ist in den letzten Jahren erkennbar immer kurzatmiger geworden und befindet sich fast ständig im Krisenmodus. Kurzfristig Reagieren anstatt langfristig Agieren, nicht in Zusammenhängen denken, sondern in Symptomen – das war das Leitprinzip der Politik, auch getrieben durch die Mechanismen von Hysterie und Aufmerksamkeit in den Sozialen Medien. Die Politik hat darüber an Vertrauen und die Institutionen an Glaubwürdigkeit verloren. Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind jedoch wesentliche Grundlagen für eine funktionsfähige Demokratie. Die Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit ist daher eine wichtige Aufgabe der kommenden Monate und Jahre.

Konkret geht es für die nächste Bundesregierung um folgende Punkte:

- **Die politischen Prozesse konzeptionell und zielorientiert auf die nachhaltige Lösung von Problemen auszurichten.** Zu viele Ziele sind in der Vergangenheit nicht erreicht worden und sind einfach durch neue, meistens noch ambitioniertere ersetzt worden.
- **Keine Tabu-Themen zuzulassen.** Gerade jetzt sollte die Bundesregierung einen „inhaltlichen Kassensturz“ vornehmen, anstehende Herausforderungen klar priorisieren und diese stringent angehen.
- **Mut und Umsetzungswillen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben zu zeigen.** Dabei sollte idealerweise ein Funke der Begeisterungsfähigkeit und der Zuversicht auf die Menschen überspringen.
- **Staatliche Institutionen in ihren Kernaufgaben handlungsfähiger zu gestalten** durch zielorientierte Aufgabenstellungen.
- **Behörden und öffentliche Einrichtungen wie Schulen agiler zu machen**, indem mehr Eigenverantwortung ermöglicht und eingefordert wird.
- **Eine offene und öffentliche Diskussion der Interessenlagen von jüngeren und älteren Generationen anzustoßen** mit der Zielsetzung, die besonders von diesem Konflikt betroffenen Bereiche zu einem für alle Seiten akzeptablen Ausgleich zu bringen.

- **Mehr Bürgerbeteiligung zuzulassen**, um die Menschen wieder näher an die Politik heranzurücken, aber auch die Sensibilität für Komplexitäten und zu beachtende Nebenbedingungen bei vielen Themen zu vermitteln.

8 | Welche Ansatzpunkte enthalten Parteiprogramme zur Erreichung des Zukunftsbildes?

Ein Blick in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 zeigt ein eher ernüchterndes Bild. **Zwar gibt es eine große Übereinstimmung in der Beschreibung der Herausforderungen, es mangelt jedoch parteiübergreifend erkennbar an Konzepten zur Umsetzung von Lösungen.** Ob „Modernisierungsjahrzehnt“, wie es bei der CDU heißt, oder „Zukunftsmissionen“ wie bei der SPD, die großen Themen der Zeit sind bekannt: Die Digitalisierung muss endlich vorangebracht werden, die Faxe in den Gesundheitsämtern standen in der Corona-Pandemie symbolisch für die über viele Jahre aufgelaufenen Defizite. Auch der klimaneutrale Umbau der Industrie wird als wichtiges, wenn nicht wichtigstes Thema angesehen. Doch auch hier geriet die Energiewende und insbesondere der Ausbau der Windenergie ins Stocken. Wie die Stromlücke zu schließen ist, die sich durch den Einsatz sauberer Energie in den Bereichen Verkehr und Wärme ergibt, darüber existieren zwar Ausbauziele, aber keine Konzepte. Die Demografie und auch die geopolitischen Verschiebungen inklusive der Rolle Europas werden gleich ganz zur Seite geschoben. Die Steuer- und Finanzpolitik einerseits und die Außen- und Sicherheitspolitik andererseits spielen eine nur untergeordnete Rolle.

Da lediglich abstrakte Ziele und allgemeine Absichtserklärungen, aber kaum konkrete Konzepte in den Wahlprogrammen genannt werden, wird die Finanzierungsfrage kaum gestellt. In Bezug auf die Steuer- und Finanzpolitik hat ein jüngstes Gutachten von Lars Feld et al. gezeigt, dass die Wahlprogramme vielfach Versprechungen beinhalten, die kaum finanzierbar scheinen, bzw. für die keine Finanzierungskonzepte vorgeschlagen werden. Gern werden diese mit einem Hinweis auf fiskalpolitische (Verschuldungs-)Spielräume oder sich selbst finanzierende und Wachstum induzierende Steuersenkungen beiseitegeschoben.

Letztlich entscheidend für die künftige politische Ausrichtung sind aber nicht die Wahlprogramme, sondern die Inhalte des nächsten Koalitionsvertrags und der Wille sowie die Fähigkeit der künftigen Bundesregierung, diese auch umzusetzen. Unabhängig von der Konstellation der neuen Koalition wird eine vorausschauende, vom Ziel denkende und ordnungspolitisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik benötigt. Die diskretionäre und interventionistische Krisenpolitik der letzten Jahre, in der es zugegebenermaßen wesentlich auf Stabilisierung ankam (in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Eurokrise, der „Flüchtlingskrise“ oder zuletzt der Corona-Pandemie), muss zugunsten einer langfristig ausgerichteten Politik zurückgefahren werden. Es gilt, den bevorstehenden Wandel mit Plan und Konzept umzusetzen, den politischen Willen dafür aufzubringen und die notwendigen rechtlichen,

regulatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen. **Die dafür wesentlichen Ansätze sind:**

- **Den Status-quo nicht länger zu verteidigen, sondern Mut für Veränderungen aufzubringen.**
- **Die politische und regulatorische Umsetzung der Transformation zu beschleunigen.**
- **Langfristige Transformationspfade zu gestalten und Übergänge zu schaffen.**
- **Konsistente und konkrete Konzepte zu entwickeln.**
- **Innovation auszulösen und unternehmerische Freiräume zu schaffen.**
- **Akzeptanz zu schaffen und sozialen Zusammenhalt zu sichern.**

Zwar drängt auf vielen Feldern die Zeit, etwa bzgl. möglicher Kippunkte beim Klima, der Datensicherheit oder bei den Renten. Trotzdem sollten überhastete Aktionen vermieden werden. Die Schaffung von Infrastrukturen, die Reformierung von Institutionen und die Auslösung von Innovationen sollte durchdacht erfolgen, darf aber kein Grund sein, die notwendigen Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben. **Um den notwendigen Rückhalt und eine gewisse Begeisterung für die anstehenden Veränderungen in der Bevölkerung zu sichern, wäre ein klares, leicht nachvollziehbares Zukunftsbild hilfreich inkl. einer passenden Kernbotschaft** (z.B. „Deutschlands Zukunft – sicher, sozial, digital“). Daran sollten sich alle Handlungen ausrichten. Die Regierung sollte aufzeigen, warum es Sinn macht, in Deutschland positive Beispiele zu setzen anstatt „gleich aufzugeben“, weil andere einen viel größeren Hebel haben. Sie sollte Eigenengagement fördern. **So kann das Ergebnis des Systemwettbewerbs eine klare Abgrenzung zu China im Sinne einer hohen Menschenzentrierung und kreativ-freiheitlichen Gesellschaft werden. Dafür müssen keine neuen Werte definiert, sondern nur die bisherigen europäischen Werte neu untermauert werden.**

Politik muss zur Bewältigung der Aufgaben groß genug denken. Dafür sind neue Zielsysteme und entsprechende Anreizsysteme notwendig. Das bedeutet aber keinesfalls, dass mehr Staat und weniger Markt notwendig sind. Im Gegenteil: **Die Effizienz und Innovationskraft des Marktes sind unverzichtbarer Teil der Lösung. Der Staat muss zur Umsteuerung jedoch verlässliche Rahmenbedingungen schaffen und in seinen Kernfunktionen handlungsfähiger werden.** Wieder mehr Handlungsmöglichkeiten gerade in Transformationsprozessen zu schaffen, statt Veränderungen zu blockieren, wie es Gerald Braunberger jüngst in einem Kommentar in der FAZ genannt hat, ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreichen Wandel. Eine langfristige Ausrichtung der Politik eröffnet erst die Möglichkeit, strategisch zu agieren. Das ist vor dem Hintergrund der geopolitischen Konflikte in der Welt wichtiger denn je. **Auf die nächste Bundesregierung warten demnach vier entscheidende Jahre – entscheidend für die nächsten Jahrzehnte.**